

Der Bumerang-Effekt

Die verschärften Sanktionen gegen Russland treffen auch die deutsche Industrie.

Es ist noch nicht lange her, da konnten sich Kreml-Beamte das Lachen kaum verkneifen, wenn sie nach den westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland gefragt wurden. Solange jedes Nato-Land eifersüchtig die eigenen Geschäftsinteressen verteidigte, so frozelten sie, sei „alles halb so schlimm“.

Seit der vergangenen Woche sind die Lästereien verstummt. Monatelang hatte sich vor allem die EU gegen wirkungsvolle Strafaktionen gestraubt. Am vorigen Mittwoch jedoch überschritten die 28 Staats- und Regierungschefs eine psychologische Grenze: Erstmals wollen sie nicht nur gegen einzelne Führungskräfte aus dem Moskauer Machtapparat vorgehen, sondern zudem Geschäfte mit russischen Unternehmen verbieten, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Eine konkrete Liste soll bis Ende des Monats vorliegen. Auch die europäischen Förderbanken sollen den Geldhahn zudrehen: Sie dürfen keine Kredite mehr nach Russland vergeben.

Die USA wiederum belegten ein Dutzend russischer Großunternehmen mit einem Bann. Vom Erdölriesen Rosneft und dem Gasproduzenten Novatek bis zur Gazprom-Bank oder dem Waffenproduzenten Kalaschnikow: Sie alle dürfen sich von US-Institutionen kein Geld mehr leihen und keine längeren Finanzgeschäfte mehr in den Vereinigten Staaten abwickeln.

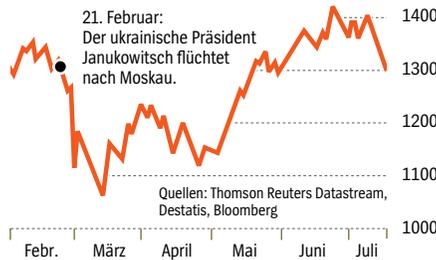
Für die Unternehmen ist das ein harter Schlag; schließlich ist in Russland selbst Kapital nur schwer zu bekommen, seit in- wie ausländische Investoren ihre Vermögen abziehen. Kein Wunder, dass Premierminister Dmitrij Medwedew umgehend vor einem „Rückfall“ in die Zeit des Kalten Krieges warnte und Präsident Wladimir Putin dem Westen einen „Bumerang-Effekt“ androhte.

Schon jetzt ist die russische Wirtschaft angeschlagen, nun aber machen sich auch in Deutschland die Folgen des Konflikts bemerkbar. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft mutmaßt, die Krise könne im Lande rund 25 000 Arbeitsplätze gefährden. Käme es zu einer ausgewachsenen Rezession in Russland, könnte auch das Wachstum in der Bundesrepublik nach einer Studie der Deutschen Bank um 0,5 Prozentpunkte sinken.

Die jüngsten US-Sanktionen, so warnt Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ostausschusses, belasteten „das allgemeine Investitionsklima“ zusätzlich. Europäische Unternehmen müssten sich an den US-Aktionen orientieren.

Schon am Donnerstag häuften sich in der Moskauer Außenhandelskammer die Anrufe besorgter deutscher Manager, die sowohl mit den USA als auch mit Russland Handel treiben. Betroffen ist nach Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages jedes vierte Unternehmen mit Auslandsgeschäft. Den Firmen drohen immense

Russischer Aktienindex seit Beginn der Krimkrise



Deutsche Exporte nach Russland in Mrd. Euro



Kapitalabfluss aus Russland in Mrd. Euro



Volkswagen-Montage im russischen Kaluga
Rückfall in den Kalten Krieg

Bußgelder, sollten sie unwissentlich gegen US-Sanktionen verstoßen. Erst kürzlich hatten die USA der französischen Bank BNP Paribas eine Strafe von knapp sieben Milliarden Euro aufgebremmt, weil sie das US-Embargo gegen Sudan, Iran und Kuba umgangen hatte.

Stefan Fittkau, Moskauer Geschäftsführer von EagleBurgmann, dem bayerischen Weltmarktführer für Dichtungen, beklagt schon jetzt einen Umsatzrückgang von 30 Prozent. „Aufträge werden storniert, geschoben, oder wir bekommen sie gar nicht mehr“, sagt er. Russlands zweitgrößte Gasfirma Novatek hatte bei EagleBurgmann zuvor sämtliche Dichtungen für ein gewaltiges Industrieprojekt auf der Halbinsel Jamal bestellt. Nun steht Novatek auf der amerikanischen Sanktionsliste.

Auch im Fall des Erdölriesen Rosneft wären mehr als ein Dutzend deutscher Firmen betroffen: Der Baukonzern Bilfinger wartet Anlagen des Staatskonzerns, Siemens lieferte für 90 Millionen Euro Turbinen und Generatoren. „Letztlich werden beide Seiten, Russen und Europäer, verlieren“, sagt Frank Schauff, Geschäftsführer der Association of European Businesses in Moskau.

Im Geschäftsklimaindex des Ifo-Instituts lässt sich das bereits ablesen. Jedes dritte der befragten Unternehmen erklärte Ende Juni, es rechne künftig mit Beeinträchtigungen. „Die russischen Kunden sehen sich inzwischen nach Lieferanten außerhalb Europas um“, sagt etwa Ulrich Ackermann, Außenhandelsexperte beim Maschinenbauverband VDMA. „Sie haben Angst, dass die europäischen Unternehmen wegen der drohenden Sanktionsverschärfungen künftig nicht mehr liefern können.“

Überall trüben sich nun die Geschäftsaussichten ein. So hat etwa der Düsseldorfer Energieriese E.on für neun Milliarden Euro Kraftwerke in Russland gebaut. Die meisten Meiler sind bereits am Netz; doch weil die Konjunktur lahmt, spielen sie nun weniger Ertrag ein als gedacht. Volkswagen verkauft in Russland inzwischen zehn Prozent weniger Fahrzeuge als noch im Jahr zuvor. Der Absatz des Konkurrenten Opel ist in den ersten fünf Monaten des Jahres um zwölf Prozent eingebrochen.

Der Autobauer entschloss sich daher zu einem radikalen Schritt: In Sankt Petersburg, wo der Astra montiert wird, legte er die Montagebänder gleich für mehrere Wochen still.

Matthias Schepp, Cornelia Schmergal